

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

36. *Nichtraucherschutz in der Gastronomie*

37. *Kostenbeiträge für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne*

*Verbraucherpreisindex für Oktober 2008
(vorläufiges Ergebnis)*

* * * * *
 * Der Gemeindeferent der Tiroler Landesregierung
 * Landeshauptmann Günther Platter und die Angehörigen
 * der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes
 * der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen
 * und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte
 * und Gemeindebediensteten sowie allen Leserinnen und Lesern
 * des Merkblattes ein fröhliches, gnadenvolles Weihnachtsfest
 * und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.
 * * * * *



36.

Nichtraucherschutz in der Gastronomie

Mit der Tabakgesetz-Novelle 2008, BGBl. I Nr. 120, die am 12. August 2008 im Bundesgesetzblatt kundgemacht wurde und die mit 1. Jänner 2009 in Kraft tritt, werden die Bestimmungen zum Nichtraucherschutz ausgeweitet. Insbesondere werden nunmehr auch die Gastronomiebetriebe in den Nichtraucherschutz einbezogen.

Auch wenn den Gemeinden nicht die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des Tabakgesetzes obliegt, so sind die getroffenen Neuregelungen für sie insofern von Bedeutung, als das Tabakgesetz bei den unten beschriebenen Ausnahmen vom Rauchverbot in der Gastronomie bzw. bei der Anwendung der Übergangsbestimmung des § 18 Abs. 6 und 7 unter anderem auf die **bau- bzw. feuerpolizeiliche Zulässigkeit von baulichen Maßnahmen zur Schaffung eines eigenen Raucherraumes** abstellt.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

1) Grundsätzliches Rauchverbot in der Gastronomie (§ 13a Abs. 1):

In den der Verabreichung von Speisen oder Getränken an Gäste dienenden Räumen von Betrieben der Gastronomie inkl. der Beherbergung von Gästen (z.B. Speiselokale, Diskotheken, Bars, Schutzhütten, Imbissstuben, Hotels) gilt ein grundsätzliches **Rauchverbot**.

2) Ausnahmen von diesem Rauchverbot nach § 13a Abs. 2 und 3:

a) Für Gastronomiebetriebe **mit mehreren** der Bewirtung der Gäste dienenden **Räumen** (§ 13a Abs. 2): In diesen Betrieben dürfen Räume eingerichtet werden, in denen das Rauchen gestattet ist (sogenannte „**Raucherräume**“). Für diese gilt Folgendes:

- Sie müssen als solche bezeichnet sein.
- Es muss gewährleistet sein, dass der Tabakrauch nicht in die mit Rauchverbot belegten Räume dringt.
- Der für die Verabreichung von Speisen oder Getränken vorgesehene Hauptraum muss vom Rauchverbot umfasst sein.
- Es darf nicht mehr als die Hälfte der für die Verabreichung von Speisen oder Getränken vorgesehenen Verabreichungsplätze in Räumen gelegen sein, in denen das Rauchen gestattet wird.

b) Für Gastronomiebetriebe **mit nur einem** der Bewirtung der Gäste dienenden **Raum** (§ 13a Abs. 3): Diese Betriebe sind unter folgenden Voraussetzungen vom Rauchverbot ausgenommen:

1. Der Raum weist eine Grundfläche von **weniger als 50 m²** auf, oder
2. der Raum weist eine Grundfläche zwischen 50 m² und 80 m² auf, die zur **Teilung dieses Raumes** zur Schaffung eines Raucherraumes erforderlichen baulichen Maßnahmen sind **jedoch** aufgrund einer rechtskräftigen Entscheidung der nach den bau-, feuer- oder denkmalschutzrechtlichen Vorschriften zuständigen Behörde **nicht zulässig**.

Sämtliche dieser Ausnahmen setzen darüber hinaus das Bestehen eines Kollektivvertrages für den jeweiligen Betrieb voraus, welcher bestimmte Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer bzw. Jugendlicher vorsieht (§ 13a Abs. 4).

3) Ausnahmen vom Rauchverbot aufgrund der Übergangsbestimmung nach § 18 Abs. 6 und 7:

Wie eingangs erwähnt wurde, tritt die Tabakgesetz-Novelle 2008 mit 1. Jänner 2009 in Kraft. Das heißt, bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Gastronomiebetriebe die entsprechenden Maßnahmen zur Einhaltung des Tabakgesetzes bzw. des Rauchverbotes umgesetzt haben.

Nach der Übergangsbestimmung des § 18 Abs. 6 und 7 sind die Bestimmungen über das Rauchverbot jedoch unter folgenden Voraussetzungen erst **ab 1. Juli 2010** anzuwenden:

1. Der Betrieb verfügt zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Tabakgesetz-Novelle 2008 für die Verabreichung von Speisen oder Getränken an Gäste **nur über einen Raum**,
2. die Grundfläche dieses Raumes beträgt mindestens 50 m² und

3. die **vom Inhaber beabsichtigten baulichen Maßnahmen zur Schaffung eines gesonderten Raumes**, einschließlich der allfällig erforderlichen Klärung bau-, feuer- oder denkmalschutzrechtlicher Vorfragen (§ 13a Abs. 3 Z. 2) sind unverzüglich nach Ablauf des Tages der Kundmachung der Tabakgesetz-Novelle 2008 in die Wege geleitet worden.

Um diese Übergangsbestimmung für sich in Anspruch nehmen zu können, müssen die Inhaber von Gastronomiebetrieben, welche ihren Betrieb ab 1. Jänner 2009 noch nicht als Nichtraucherbetrieb führen wollen, eine entsprechende Bauanzeige bzw. ein Bauansuchen bei der Baubehörde einbringen. Eine einfache Mitteilung, dass der Betriebsinhaber beabsichtigt, den Gastraum zu teilen und ein extra Raucherzimmer einzurichten genügt nicht, es muss vielmehr eine **der Tiroler Bauordnung 2001 entsprechende Bauanzeige bzw. ein Bauansuchen bei der zuständigen Baubehörde** eingereicht werden (bzw. ein entsprechender Antrag bei der Denkmalschutzbehörde). Nach dem Erlass des Bundesministeriums für Gesundheit, Jugend und Familie vom 21. Oktober 2008, BMFGJ-22181/0045-III/B/2008, muss diese Klärung bei der zuständigen Behörde so rasch wie möglich nach der Kundmachung der Tabakgesetz-Novelle 2008, **jedenfalls aber noch vor dem Ablauf des Jahres 2008**, in die Wege geleitet werden.

Abschließend ist daher nochmals festzuhalten:

Es ist Aufgabe der **Baubehörde**, die Zulässigkeit der angezeigten bzw. beantragten baulichen Maßnahmen aufgrund der baurechtlichen Vorschriften zu prüfen.

Hingegen ist es Aufgabe der **Bezirksverwaltungsbehörden**, das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Rauchverbot nach § 13a Abs. 2 oder 3 bzw. nach der Übergangsbestimmung des § 18 Abs. 6 und 7 zu prüfen; dies jedoch nur im Zuge eines allfälligen Verwaltungsstrafverfahrens wegen Übertretungen nach dem Tabakgesetz.

Eine ausführliche Darstellung der neuen Rechtslage finden Sie auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend unter dem Link „Tabakrecht“.

Bei Fragen oder Unklarheiten die Tiroler Bauordnung betreffend steht die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht, Amt der Tiroler Landesregierung, Tel. 0512/508-2712, gerne zur Verfügung.

37.

Kostenbeiträge für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne

Zur Frage der Zulässigkeit des Abschlusses von Vereinbarungen zwischen einer Gemeinde und betroffenen Grundeigentümern über die Tragung der Kosten, welche im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Plänen im Rahmen der örtlichen Raumordnung entstehen, wird folgendes festgehalten:

Nach der Rechtsprechung des obersten Gerichtshofes (23. Februar 1995, Rdw 1995, 216) dürfen Raumplanungskosten nur aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung auf Private übertragen werden, wobei dies unabhängig davon gilt, ob die Kostenbeiträge mittels Bescheid vorgeschrieben oder mit dem betroffenen Eigentümer Planungskostenverträge abgeschlossen werden. Werden privatrechtliche Vereinbarungen über den Ersatz der Planungskosten ohne entsprechende gesetzliche Grundlage abgeschlossen, sind derartige Vereinbarungen wegen Rechtsformenmissbrauchs gemäß § 879 ABGB nichtig.

Da in Tirol eine gesetzliche Regelung, die die Gemeinden ermächtigt, privatrechtliche Vereinbarungen mit Grundeigentümern über die Tragung der Kosten, welche durch die Ausarbeitung der örtlichen Planungsinstrumente entstehen abzuschließen, fehlt, waren und sind derartige Vereinbarungen nichtig im Sinn des § 879 ABGB.

Durch die mit der Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz, LGBl Nr. 35/2005, festgelegte bescheidmäßige Vorschreibung von Kostenbeiträgen (§ 29 Abs. 6 bis 8 TROG 2006) erfolgte eine gesetzliche Regelung, durch die der Rahmen, innerhalb dessen Kostenbeiträge vorgeschrieben werden können, abschließend geregelt wurde. Vereinbarungen, mit denen davon abweichend bzw. darüber hinausgehende Kostenersätze mit Grundeigentümern vereinbart werden, sind daher ebenfalls als gesetzwidrig und somit nichtig im Sinn des § 879 ABGB anzusehen.

Zusammengefasst ist daher davon auszugehen, dass in Tirol keine gesetzlichen Voraussetzungen zum Abschluss von privatrechtlichen Vereinbarungen über Planungskostenverträge bestanden haben bzw. bestehen.

Für bereits vom Grundeigentümer geleistete Zahlungen an die Gemeinde bzw. an den Raumplaner hat dies zur Folge, dass ein bereicherungsrechtlicher Anspruch gemäß § 1042 ABGB entstanden ist, nachdem der betroffene Grundeigentümer den geleisteten Betrag zur Gänze rückfordern kann. Nach der älteren Lehre und Rechtsprechung bestand dieser Anspruch generell für eine Dauer von 30 Jahren, seit dem Jahr 2005 vertritt der oberste Gerichtshof jedoch die Rechtsansicht, dass den Förderungen von Ziviltechnikern grundsätzlich bereits nach drei Jahren verjähren, auch ein Rückersatzanspruch gegenüber der Gemeinde auf drei Jahre befristet ist (OGH vom 5. April 2005, JBl 2005, 654). Nachdem keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Oberste Gerichtshof von dieser neueren Rechtsprechung wieder abweicht, ist wohl davon auszugehen, dass Rückforderungsansprüche gemäß § 1042 ABGB im Zusammenhang mit Kostenbeiträgen bzw. Kostenersätzen für Planungsinstrumente der örtlichen Raumordnung nach drei Jahren verjähren.

Zur weiteren Information wird auf den Artikel „Überwälzung von Raumplanungskosten auf Private“ von Wolfgang Klewein in den baurechtlichen Blättern, Heft Nr. 4 vom 8. August 2006, Seiten 139 ff., verwiesen. In diesem Artikel werden umfassend die verfassungs- und zivilrechtlichen Rahmenbedingungen für die Zulässigkeit der Überwälzung von Raumplanungskosten beurteilt, außerdem wird die im Schreiben angeführte Rechtsprechung näher erläutert.

Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht,
Zahl Ve1-1-14/8 vom 16. Juni 2008

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2008

(vorläufiges Ergebnis)

	September 2008 (endgültig)	Oktober 2008 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	107,7	107,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,1	119,0
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,4	125,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	163,9	163,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	254,8	254,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	447,2	446,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	569,7	569,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	571,6	571,0

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2008 beträgt 107,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2008 um 0,1% rückläufig (September 2008 gegenüber August 2008: + 0,3%). Gegenüber Oktober 2007 ergibt sich eine Steigerung um 3,1% (September 2008/2007: + 3,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck